

Der radikale Islam in Deutschland aus US-Sicht



America's Independent News Network

[„Was ist das? Ein](#)

[Land ist gegen die Scharia?“](#) – unter diesem Titel wurde gestern auf [WorldNetDaily](#) (WND) ein interessanter Artikel von Alex Newman veröffentlicht. Durchleuchtet wurden dabei auch die Handlungen der deutschen Regierung gegen die Bedrohung durch den Islam und die Scharia. Dabei wurden auch einige Player in der islamkritischen Szene interviewt. Aber der Reihe nach.

(Von felixhenn)

Da wird zwar geschrieben, dass die Regierung Härte gegen Salafisten zeigen würde, aber PI-Leser sehen das ein wenig anders und die meisten empfinden wohl, dass noch nicht einmal das Nötigste getan wird. Auch wird der Mordversuch gegen Markus Beisicht am 13. März angesprochen und die vier Verhafteten erwähnt. Die gefundenen Waffen und Bomben, die in dem Artikel genannt werden, sind soweit auch bekannt.

Was aber wohl so etwas wie ein Novum ist, zumindest wäre es das für die deutsche Presse: es wird sowohl das Opfer Beisicht interviewt und neben dem Pressechef des Innenministers Friedrich, Jens Teschke, auch ein paar echte Insider der islamkritischen Szene wie Stefan Herre, Michael Stürzenberger, Abdirazak Waberi, dem Vizepräsidenten und Pressechef der Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE) und Fouad Adel, ein evangelischer Pfarrer, der vor 20 Jahren aus dem Sudan nach Deutschland kam.

Jetzt im Einzelnen grob umrissen:

Nach dem Mordversuch an Beisicht wurden drei salafistische

Organisationen verboten: DawaFFM, islamische Audios, die islamisches Propagandamaterial produziert und die Gruppe An-Nussrah, die in Verbindung zu Millatu Ibrahim steht, wurde schon im letzten Jahr verboten. Wie später zu lesen ist, hatten die Verbote jedoch nichts mit dem Mordversuch an Beisicht zu tun. Friedrichs (CSU) wurde dahingehend zitiert, dass der Salafismus nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sei. Zusätzlich erwähnte Friedrichs die Aggressivität der Salafisten, die mit dem Ziel agierten, unser Grundgesetz durch die Scharia zu ersetzen.

Anmerkung: Natürlich hat Friedrichs nicht vergessen zu erwähnen, dass die weite Überzahl der Moslems friedlich und integriert ist. Was er aber vergessen hat zu erwähnen, keiner dieser so vielen friedlichen und integrierten Moslems macht irgendwas gegen diese Salafisten, weder in Wort noch Tat.

Was noch erwähnenswert ist, WND merkt an, dass das Durchgreifen zwei Jahre nach den Morden an den US-Soldaten in Frankfurt erfolgt. Ging ja recht flott.

Jens Teschke, Pressesprecher des Innenministeriums, erklärt dann auch gegenüber WND, die Verhaftungen seien die Folge von Ermittlungen im letzten Jahr. Da war ein zeitlicher Zufall, aber keine aktuelle Verbindung zwischen den Verboten der drei salafistischen Gruppen und den vier verhafteten Salafisten, meinte Teschke. Das Innenministerium hatte nichts zu tun mit den Verhaftungen. Zu den verbotenen Gruppen sagte Teschke, dass keine Verhaftungen vorgenommen, jedoch Propagandamaterial und Computer beschlagnahmt wurden. Bis jetzt wurden keine Beweise gefunden, dass diese Gruppen gewalttätige Attacken geplant hätten. Islamische Propaganda und den Jihad erklären reicht da wohl nicht.

Man ist im Innenministerium also noch auf Suche, ob denn die Salafisten was Böses wollen. Diese Gruppen hätten den Jihad gegen Deutschland propagiert und wollten den mit Gewalt durchsetzen und die Scharia einführen.

Soweit grob das Innenministerium.

Zu den Interviews, auch grob umrissen:

Beisicht sagt, dass er besonders besorgt um seine Familie ist, ganz besonders, weil seine Frau und seine beiden Töchter gerade zuhause waren, als sich die Salafisten auf den Weg machten. Angst ist jedoch ein schlechter Ratgeber, bemerkt Beisicht, aber er sieht das Risiko sehr ernst und hat sich mit der Polizei beraten, wird aber dazu keine Einzelheiten nennen. Ab jetzt wird er von mehreren Polizisten 24 Stunden am Tag beschützt. Neben seiner persönlichen Sicherheit war auch Deutschland ernsthaft bedroht. „Diese Terroristen sind zu allem bereit, habe ich in Gesprächen mit den Sicherheitsbeamten erfahren“, erklärt Beisicht. Weiter meint er: „Die Islamisten wollen uns dazu bringen, nur so zu reden und agieren, wie sie wollen“. Der anti-islamische politische Parteichef fährt fort: „Die glauben, dass die Scharia in Deutschland und Europa eingeführt werden muss, wie sie auch in Saudi-Arabien Gesetz ist. Damit wären jedoch Demokratie und Freiheit im Westen beendet“.

Es wird auch an Australien erinnert, [wo Amon Ross sagte](#): „Die haben auf unseren Straßen randaliert, unsere Polizisten angegriffen, unsere Frauen vergewaltigt und sagen, dass die das verdient haben. Sie lachen über unsere Gerichte und breiten sich vermehrt im Südwesten Sydneys aus. Sie verfechten die Scharia und jedes Mal, wenn wir mit dem Flugzeug fliegen, werden wir daran erinnert, was sie in dieser Welt angerichtet haben“.

[Oder auch wie in den USA](#), wenn Moslems sagen, dass sie über dem Gesetz stehen.

„Unglücklicherweise“, sagt Beisicht, „macht unsere Regierung lange nicht genug, um den radikalen Islam zu stoppen. Speziell die linke Regierung in NRW hat die islamischen Bedrohungen über Jahre heruntergespielt“, sagt Beisicht. „So werden eher

friedliche, konservative Bürger von der Polizei des Innenministers Jäger als Übeltäter angesehen als Islamisten.“ Auch sollte man sich den Hasspredigern mehr annehmen. Immerhin sei zu erkennen, dass das Innenministerium langsam aufwacht.

Hoffentlich ist das nicht mit der Wahl vorbei.

Stefan Herre, der Gründer des größten Blog Deutschlands, Politically Incorrect, mit fast 100.000 Besuchern am Tag, meint, dass das momentane Durchgreifen gegen die Salafisten lange nicht genug sei. „Wir wollen keine Gruppen verbieten, das ist sicher – noch nicht einmal die Salafisten“, meinte Herre zu WND, als er gefragt wurde, ob solche Verbrecherorganisationen zu Deutschland gehören, „aber wir wollen, dass jede Person in unserem Land sowohl das Grundgesetz als auch alle anderen Gesetze respektiert, das gilt auch für Salafisten“.

„Eine moslemische Gruppe, deren Mitglieder sagen, deren Gesetz, die Scharia, sei höher anzusetzen als unsere Gesetze, ist schlicht nicht kompatibel mit uns“, sagte Herre, wobei er auf Gewalttaten der Salafisten in Deutschland und überall auf der Welt verwies. Er fügte noch an: „Wenn außerstaatliche Gewalt auftaucht, muss die Staatsgewalt handeln“. „Jeder ist willkommen in unserem Land, der unsere Gesetze achtet“ und „die Bedrohung Deutschlands und Europas durch radikale Islamisten ist sehr ernst zu nehmen, wie wir auch aus anderen Ländern wissen“.

„Behörden machen einfach nicht genug gegen den radikalen Islam. Sie ignorieren so lange alle Zeichen, bis etwas passiert. Faktisch agieren Regierungen, Bund und Länder sogar gegen demokratische Gruppen, die den wahren Geist der Salafisten aufdecken wollen“, meint Herre.

Herre sagt auch weiter, „dass Behörden und Regierung in Israel das Problem weit besser erkannt haben und behandeln als europäische Obrigkeiten“. „Hoffnung keimt auf in den

Niederlanden mit Geert Wilders“, fügt er hinzu und zeigt auf die „Partij voor de Vrijheid“, die von Wilders gegründet wurde und die sich aktiv gegen die Islamisierung einsetzt. Auch Länder wie Österreich, Schweden und die Schweiz lassen Zeichen gegen die Islamisierung Europas erkennen. Viele Bürger wissen aber überhaupt nicht, was im Moment auf unserem Kontinent abläuft“.

Abdirazak Waberi, Vizepräsident und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit für die Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE), mahnte jedoch zur Vorsicht im Umgang mit dem Thema: „Als Grundvoraussetzung glaube ich, dass Moslems, die deutsche Bürger sind, gleiche Rechte und Pflichten haben wie andere Deutsche und auch öffentlich aktiv werden dürfen.“

Aber welche Deutsche dürfen Steine auf Polizisten oder andere Bürger werfen?

Egal wie, Waberi, der auch ein moderates Mitglied im schwedischen Parlament ist, meint, dass er die deutschen Fälle nicht kennt und deshalb nicht kommentieren kann. „Auf jeden Fall soll jedoch alles mit Vorsicht behandelt werden“. „Moslems, wie alle anderen Bürger auch, müssen die Gesetze befolgen“.

Prominente deutsche Aktivisten der vorderen Linie, wie Michael Stürzenberger, sagen, dass sich radikale Moslems nicht dem Gesetz unterwerfen. „Die wollen einen islamischen Staat mit Scharia in Deutschland installieren“, sagt Stürzenberger, ein langjähriger Journalist und Vizepräsident der pro-westlichen Partei „Die Freiheit“. Stürzenberger meinte zu WND, dass Aktionen des deutschen Innenministers sehr wichtige Zeichen seien. „Die Salafisten sind gefährlich“, sagte er und fügte hinzu, dass der versuchte Mord an Beisicht in Wirklichkeit ein Angriff auf alle war, die den Islam kritisieren. „Die Gefahr wächst sehr schnell, weil die Salafisten so aktiv sind“, fuhr Stürzenberger fort, „sie wollen 30 Millionen Exemplare des

Korans in Deutschland verteilen, sie sprechen junge Menschen auf der Straße an und versprechen denen hübsche und nette moslemische Frauen aus Tunesien oder anderen Ländern Nordafrikas. Dadurch konvertieren viele Jugendliche“.

„Die gesamte westliche Welt ist in sehr großer Gefahr, islamisiert zu werden. Sich da nur auf Salafisten und sogenannte Extremisten zu konzentrieren, ist nicht genug“. Gemäß Stürzenberger, ein sehr wichtiger Kritiker des Islams, ist die Wurzel aller Probleme der Islam selbst. „Wir müssen lernen und akzeptieren, dass der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern ein totalitäres System mit eigenen Gesetzen“.

Hinter der Politik sehen viele Oppositionelle des radikalen Islams das Christentum als die wirkliche Lösung. Fouad Adel, ein evangelischer Pfarrer, der aus dem Sudan stammt und seit 20 Jahren in Deutschland lebt, besitzt ein fundiertes Wissen über den Islam, den Koran und die Scharia. Ganz besonders auch, weil seine Muttersprache Arabisch ist und er das Thema über Dekaden studiert hat.

„Was wir zuerst unternehmen müssen, wir müssen die Gesellschaft über das wahre Gesicht des Islams informieren“, sagte er zu WND. Als Dozent und Theologe mit dem christlichen Informationsservice, eine kleine Organisation, die sich dem Gebet, dem Gospel und der Missionierung widmet, ist Adel immer aktiv dabei, wenn es um die Aufklärung über den wahren Islam geht.

Er möchte im zweiten Schritt die „Herzen der Moslems erleuchten mit dem Licht des Gospels“, erklärt Fouad Adel. „Ohne das Licht des Gospels werden sie immer in der Dunkelheit verbleiben. Es ist eine unserer Pflichten, diese Radikalität aus ihren Herzen zu ziehen und das kann nur mit dem Licht unseres Herrn Jesus gelingen – dem Licht des Gospels“.

Soweit ist das eine ungefähre Zusammenfassung des Artikels, bei dem oben beim Innenminister und seinem Sprachrohr etwas

mehr gekürzt wurde, weil das alles schon so oft durchgekaut wurde und nie was Wirkliches passierte.

So sehr ich auch den Pastor Adel bewundere, scheint mir doch sein Weg nicht gerade der wirksamste, wie man an den Ländern sieht, die jetzt islamisch sind und einst christlich waren. Da halte ich es doch eher mit Beisicht, Herre und Stürzenberger.

Was aber besonders erfreut: Es gibt doch noch guten Journalismus, wenn auch leider nicht bei uns.